

Die „Volkswocht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 1/4
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
incl. ins. Gauß M. 2.92,
incl. keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die Abnahmegebühr
beträgt für die einjährige
Abnahme oder deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Versammlung-Anzeigen
15 Pfennige.
Auswärtige Inserate 35 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 142.

Breslau, Mittwoch, den 21. Juni 1911

22. Jahrgang.

Menschenschutz und Eigentumschutz.

Zu einer der Schriften, die unser Reichsversicherungsamt zur Weltausstellung von St. Louis herausgegeben hat, ist schlagend nachgewiesen, wie unzutreffend die Behauptung industrieller Wortführer von einer fast unerträglichen Belastung der Industrie durch die Arbeiter-Versicherung ist. Denn die gesteigerte Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter kommt auch den Unternehmern, in höherem Maße, als ihre Ausgaben betragen, zu Gute. Und doch die mächtige Steigerung der deutschen Produktion und ihrer angeblich durch erhöhte Produktionskosten gefährdeten Ausfuhr auf dem Weltmarkt in denselben letzten Jahrzehnten vor sich gegangen, in denen die Arbeiterversicherung geschaffen und ausgebaut worden ist. In wirksamen Worten rechnete der tatkräftige englische Minister Lloyd George mit dem gleichen Gedankengang ab in einer in Birmingham gehaltenen Rede, in der er unter anderem ausführte: „Mancher Arbeiter erzählte mir, daß ein Arbeiter sich nicht entschließen kann, sich krank zu melden. Warum? Er weiß, daß, sobald er zum Arzt geht und ein paar Tage seine Kräfte sammelt, niemand für seine Familie sorgt. Wenn dieser Zustand für Pferde und Vieh gälte, würden die Landwirte bankrott werden. Man denke an ein Brauerpferd. Wie gut ist es versorgt, gut gefüttert, gut behandelt. Fühlt es sich nicht wohl, dann ist ein Wärter da, der sich speziell um es zu kümmern hat. Er sagt: Es ist etwas mit ihm nicht in Ordnung. In diesem Tage bleibt sein Arbeitsplatz leer. Es wird vorgenommen und ärztlich behandelt, bis es wieder in Ordnung ist. Das ist nicht bloß Humanität, es ist auch geschäftlich richtig.“

Nehmt eine Maschine. Wird daran nur eine Kleinigkeit vernachlässigt, so wird es eine große Sache. Vielleicht gibt es nur, die Lager zu lösen oder eine Schraube anzuziehen. Aber wenn der Maschinist ihr nicht ein paar Tage Ruhe zur Reparatur gönnen will, dann bricht sie früher oder später zusammen und wird altes Eisen. Es ist geschäftlich richtig, einem solchen Ding die nötige Ruhezeit zu lassen, ehe das Unheil sich entwickelt. Wie viel wertvoller aber ist der Mensch als eine Maschine! Er ist etwas Besseres, aber er ist nicht besser daran. Niemand fühlt sich verantwortlich, nach ihm zu sehen. Niemand denkt daran, nachzusehen, ob dieses wunderbare Stück Maschinerie in Ordnung ist. Die Maschine hat ihren Eigentümer. Das Tier hat seinen Herrn. Wenn sie zusammenbrechen, kostet ihr Ertrag Geld. Ich will Euch sagen, was in diesem Lande und in vielen anderen nottut: Im Staate muß das Bewußtsein entwickelt werden, daß die Arbeiter sein Eigentum sind. Sie sind das kostbarste Gut jedes Landes. Geht nach Kanada und bietet ihnen in einer Land eine Million unserer geschulten Arbeiter, in der anderen 100 Millionen Pfund Sterling. Sie werden keinen Augenblick zaudern. Es ist der Mann, das Weib, die sie brauchen, um Wohlstand und Gebelken ihres Landes zu entwickeln und zu vervollkommen.

In unserer industriellen Organisation ist zu wenig Sorge um das geistige und körperliche Wohl des Arbeiters. Das ist der Kern der Frage. Gestern erhielt ich ein Schreiben der Handelskammer Birmingham, in dem gegen den sogenannten Beitrag des Unternehmers protestiert wurde. Tatsächlich zahlt nicht der Unternehmer den Beitrag, sondern die Industrie. Bei der Fabrikgesetzgebung der letzten 40, 50 Jahre zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung von Luft und Licht gab es gewiß auch Handelskammern, die darin eine große Belastung des Unternehmers erlitten. Sie haben aber entdecken müssen, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in einem Maße gestiegen ist, daß beide Teile davon Vorteil haben. Die Handelskammer sagt: „Euer Vierteljährlich wöchentlich ist ein Aufschlag auf unsere Einkommensteuer.“ Das ist ein Grundirrtum. Sie rechnen doch auch nicht die Kosten für das Schmieren ihrer Maschinen, die Verbesserung ihrer Werkzeuge zu ihrer Einkommensteuer. Es ist einer der Grundirrtümer, deren Ausrottung wesentlich ist für die Steigerung von Wachstum und Wohlstand des Landes. Alles das trägt zur Steigerung der Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Rasse bei, und alles das ist wertvoll für Arbeitgeber und Arbeiter. Geld, das ausgegeben wird zur Erhaltung der Gesundheit und Kraft, der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter, ist die beste Kapitalanlage.“

Zur Begründung der Einsetzung von Bezirks-Gesundheitsräten zur Überwachung der örtlichen Behörden führte Lloyd George aus: „Sie sollen dafür sorgen, daß die Landesgesetze betreffend Gesundheitspflege auch wirksam werden. Es gibt keinen schärferen Gegensatz, in diesem Lande, in den meisten Ländern, als die Schärfe und Rücksichtslosigkeit, mit der die Eigentumsgeetze durchgesetzt werden, und der Trägheit und Schlappheit, wo es

sich um die Gesundheit des Volkes handelt. Diese Behörden werden vom Volke selbst verwaltet werden. Sie werden ihm eine große Schule der Selbstverwaltung sein. Zum ersten Mal werden die Arbeiter wirklich berufen zur Verwaltung von Geschäften, die für ihr wirkliches Glück und Wohlergehen von Bedeutung sind.“

Der Eigentumschutz ist bei uns die vollkommenste Maschine, die jemals menschliches Gehirn ausgedacht hat. Die Eigentumswächter durchwandeln jede Straße, und wenn der Hebeltreter ihrer Wachsamkeit entgangen ist, wird er bis ans Ende der Welt verfolgt. Damit vergleiche man, wie das Gesundheitsgesetz; das Wohnungsgesetz bei uns durchgeführt werden. Gesundheitsgesetze gab es schon vor meiner Geburt, und jetzt haben wir das Wohnungsgesetz, und doch gibt es keine Stadt und kein Dorf, in dem wir nicht mit gesundheitwidrigen Wohnungsverhältnissen zu tun haben. Gewiß will ich, daß das Gesetz des Eigentums schützt. Aber ich will auch, daß es des Arbeiters Heim schützt. Ich möchte den Mann, der Mieten oder Grundrenten zahlt aus ungesunden Wohnungen, die kleine Kinder töten, behandeln wie den Fehler gekosteten Gutes. Sie sollten sehr wenig in Zukunft zu sagen haben. Geht, mit welcher Feindschaft das unbedeutendste Eigentum geschützt wird. Denkt an die Spekulation im Bodenbesitz. Warum sollte nicht Leben und Gesundheit mit derselben Sorgfalt, derselben Rücksichtslosigkeit geschützt werden? Wenn wir dieses Land würdigen machen wollen des glänzenden Reiches, dessen Mittelpunkt es ist, wenn wir ihm den Platz in der Menschheitsgeschichte verschaffen wollen, den es erstreben muß, dann müssen wir es vor allem reinigen von den schmutzigen Wohnungen, die Verderbnis, Krankheit und Tod in unseren großen Städten verbreiten.“

Eine Sprache, wie sie dieser auch nur entfernt ähnelt, pflegen bei uns Minister erst zu finden, wenn sie längst außer Diensten sind. Aber die Wahrheiten, die Lloyd George auch diesmal ausgesprochen hat, verdienen alle Beachtung auch in unserem „Lande der Sozialreform“, dem die Sätze über Eigentums- und Menschenschutz mindestens so gut passen wie England, und in dem man, in schneidigem Gegensatz zu der englischen Reformgesetzgebung, alles tut, um die Bewegungsfreiheit und Selbstverwaltung der Arbeiterklasse auszuschalten.

Politische Uebersicht.

Das staatsgefährliche Entkünd.

Das Reichsvereinsgesetz treibt unter der preussischen Auslegungslust immer neue seltsame Blüten. In Märzdorf, Kreis Ostpr., fand am 30. April im Gehöft des Stellenbesizers Hajoske eine Versammlung statt, in der Genosse Neukirch aus Wreslau referierte. In der Wohnung des Stellenbesizers hielt sich um diese Zeit dessen jugendliche Entkünd auf, und da ein Fenster offen stand, können möglicherweise ein paar Worte des Redners bis in die Zube gedrungen sein. Das Mädchen erhielt darauf einen Strafbesehl über 3 Mark, weil sie als Person unter 18 Jahren an einer politischen Versammlung teilgenommen habe. Auf den erhobenen Einspruch hat das Schöffengericht jetzt auf 1 Mark Geldstrafe erkannt, indem es gleichfalls eine Uebertretung des Vereinsgesetzes für vorliegend erachtete. Freilich, der Gen darm hatte als Zeuge bekundet, daß ihm das Mädchen bereits als „Aufheyerin“ unter den Tabakarbeiterinnen bekannt sei.

Der Zug des Herzens.

Die Nationalliberalen des Dreiklassenhauses sind eifrig am Werke, zu beweisen, daß die scharfen Worte, die Herr Nieger am Samstag gegen sie gebraucht und dann wieder nicht auf sie gemünzt haben wollte, doch nur auf diese ausgezeichnete Partei passen. Es ist einfach ein Skandal, wie sich die Mannen der Herren Friedberg und Schiffer am Montag im Dreiklassenhause als Preisrichter der Junter und als Vertreter der rheinischen Schlotbarone betätigten. Das Zentrum und die Fortschrittler beantragen geheime Wahl bei den Gemeindevahlen der rheinischen Landgemeinden, die Nationalliberalen erklären: wir sind begeisterte Anhänger des geheimen Wahlrechts, aber nicht, wenn es nur für eine einzelne Provinz eingeführt werden soll. (Noch dazu, wenn das eine Provinz ist, in der das Großkapital nationalliberal ist!) Die Regierung erklärt dasselbe und das geheime Wahlrecht wird von Junkern, Freikonservativen und Nationalliberalen mit 145 gegen 117 Stimmen abgelehnt. Das Zentrum fordert, daß die Landbürgermeister wenigstens ebenso wie im Osten gewählt und nicht ernannt werden; der Liberalismus der Nationalliberalen sagt Nein und entscheidet im Junterstimm. Das Zentrum verlangt, daß wenigstens ein bestimmter Teil der Gemeindevertretung gewählt sein muß; abgelehnt von dem neuen Bloß Heddebrand-Redlich-Friedberg. Nach solchen Selbstenialen, für deren genügende Würdigung übrigens durch namentliche Abstimmung gesorgt wurde, war die Vorlage erledigt.

Das Herz in Haus erledigte das Gesetz über den Groß-Berliner Zweckverband. Der Antrag des Frankfurter

Oberbürgermeisters Nidies auf Wiederaufnahme des Volkswohnungsbaues unter die Aufgaben des Verbandes wurde abgelehnt. Graf Poladovsky, der dies auf dem Leipziger Wohnungskongreß sehr bedauerlich fand, schrie dazumal: — Die Ansiedelungsdenkschrift wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Man ist im Herrenhause noch weniger für Entleerung, als in der Dreiklassenkammer.

Dienstag wird das Feuerbestattungsgesetz wohl zu einer recht netten Sitzung Anlaß geben.

Ein christlicher Gewerkschaftsführer über die katholischen Fachabteilungen.

Trotz der von dem katholischen Oberhirten gegebenen Weisung geht der Kampf im katholisch-christlichen Gewerkschaftslager weiter. Im Saarrevier werfen sie sich — die Fachabteiler und die christlichen Gewerkschaftler — Anzugenden vor, wie sie nur in beiden Gewerkschaftsrichtungen, dank der christlich-zentrierten Erziehung zu Hause sein können. Auch in Oberschlesien, wo die christlichen Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, um Voben zu gewinnen, geraten sie mit den Fachabteilungen arg aneinander. In welcher benageligen Bestrafung die Christen hierbei die Fachabteiler darstellten, zeigen die Ausführungen des christlichen Gewerkschaftssekretärs und Stadtvorordneten Ehrhard Kattowitz, die dieser in einer christlichen Maurerverammlung in Kattowitz zum Besten gegeben hat. Nach dem Bericht der „Oberschlesischen Zeitung“ (Zentrumsblatt) führte Ehrhardt aus:

Die Fachabteilungen sind überhaupt keine Organisation, das ist nur ein Leipziger Allerlei, in dem bloß Hundelänger, Mist- und Ziegenbauern, Schneider und Schuster sind; sie sind nur ein Häufchen Elend, das nicht leben und nicht sterben kann, aber in drei bis vier Jahren tot ist. Die Fachabteilungen sind keine selbständigen Organisationen, denn sie werden von Herren geleitet, die von der gewerkschaftlichen Tätigkeit keine Ahnung haben, es sind Doktoren und Theologen. Diese Führer und die Sekretäre müssen die reinen Unterwalmen sein, denn sie müssen in allen Berufen arbeiten und den Arbeitern auch noch von Arbeit und Religion vorreden. Was verstehen diese Eitel von der Religion? Diese Berliner Sekretäre sind gar nicht fähig, Tarifverträge abzuschließen. Wenn sie irgend was etwas anfangen und kommen damit nicht durch, so schreiben sie: „Rerum novarum!“ und wieder „Rerum novarum!“ und wollen damit die Arbeiter beruhigen. Die christlichen Gewerkschaften müssen mit den Sozialdemokraten gehen, denn allein können sie nichts ausrichten. Die Fachabteiler brauchen wir nicht zu fürchten, denn wenn sie ihre Hundelänger, Mistbauer und Kuhjungen abzählen, so kommen noch höchstens 60 Maurer in Betracht, auf die wir gerne verzichten, denn es sind nur minderwertige Kräfte.“

Herr Ehrhardt kommt politisch mit den Dragstiehern der katholischen Fachabteilungen so nahe zusammen, daß er sie gründlich kennen gelernt hat. Nicht umsonst seine festigen Ausdrücke, die von jener hochchristlichen Bildung zeugen, wie sie nun einmal von München-Obabbach aus in die Welt geht. Man lese zum Beispiel die „Westfälische Arbeiterzeitung“. Klagen gibt das Organ der katholischen Fachabteilungen „Der Arbeiter“ zu, daß Ehrhardt in der Tat so gesprochen hat. Aber nicht nur Ehrhardt zeichnete von seinen Zentrumsfreunden diese kräftigen Striche, er wird in Oberschlesien auch von den polnischen Organen gestiftet. So heißt es im polnischen „Dziennik Slonski“ u. a. über die Fachabteiler:

„Was wir nun selbst von den Berlinern hatten, das wissen schon unsere Leser. Unseres Erachtens darf kein Arbeiter dem Berliner Verbande angehören.“

Das polnische Organ schiebt dann die obige Charakterisierung durch Ehrhardt ein und schreibt weiter:

„Wir erklären uns zwar mit der Form der Kritik des E. nicht einverstanden. Was sonst aber den Inhalt anbetrifft, so unterschreiben wir diesen vollständig. Was doch der Zentrumsmann Ehrhardt als muster-giltiger Katholik um besten die zentrierten Verbände kennen, die sich damit brüsten, daß sie nur allein die wahrhaftigen Katholiken sind.“

Das meinen wir auch! Wer den Dichter will verstehen, muß in des Dichters Lande gehen.

Die „regierungsfähige Sozialdemokratie“.

In ihrem Wochenrückblick vom 17. Juni kommt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch einmal auf die „Mitwirkung“ der Sozialdemokraten bei der Erledigung der reichsländischen Verfassungsreform zurück. Das Rangierblatt läßt aus, hier und da suche man die Bedenken gegen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie durch den Hinweis zu beschwichtigen, daß die Partei durch ihre Mitwirkung an der staatssohringischen Verfassungsreform regierungsfähig geworden sei, was sich auch bei der Beratung dieses Gesetzes im Reichstage in der Haltung von Regierungsvertretern gegen einzelne sozialdemokratische Abgeordnete bekundet habe. Gegen die Illusion, als ob die Sozialdemokratie ihren staatsfeindlichen Charakter abgestreift habe, sollte, meint die „Norddeutsche Allgemeine“, schon ein Blick in die sozialdemokratische Presse schäzen. Natürlich sei auch durch jene Haltung von Regierungsvertretern „nicht die geringste Aenderung“ in dem Verhältnis zwischen Staat und Sozialdemokratie eingetreten. Dies in Betracht kommenden Vorgänge bei den Verhandlungen um die staatssohringische Reform lägen klar zutage. Die konservative Fraktion hätte infolge ihres grundsätzlichen ablehnenden Standpunktes ihre Mitarbeit verweigert, die sozialdemokratische dagegen zu

Am 18. Juni er. verschied nach schweren Leiden mehre
herzengute Frau, unsere Mutter, Tochter, Schwester, Schwieger-
tochter und Tante, Frau
Susanna Schiller
geb. Neumann
im Alter von 40 Jahren 9 Monaten.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte nebst Kindern.
Beerdigung: Mittwoch, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause, Grünstrasse 34, nach Dürigoy. 3280

Am 18. Juni verstarb die Frau unseres Verbandsmitgliedes
Felix Schiller,
Frau **Susanna Schiller** geb. Neumann.
Ehre ihrem Andenken!
Der Verband der Tapezierer.
Beerdigung: Mittwoch, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom
Trauerhause, Grünstrasse 34, nach Dürigoy. 3283

Am 18. Juni verstarb nach einem langen schweren Kranken-
lager unser Verbandskollege, der Bauhilfsarbeiter
Franz Blasius
an Lungentuberkulose im blühenden Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 3288
Die Mitglieder d. Begräbniskasse d. Sektion d. Bauhilfsarbeiter
von Breslau und der Umgegend.
Beerdigung: Mittwoch, den 21. Juni, nachm. 2 Uhr, von
der Leichenhalle zu Oswitz nach dem Luther-Friedhof.

Todesanzeige!
Am 18. d. Mts. verschied nach einem langen Leiden unser
Verbandskollege, der Bauhilfsarbeiter
Franz Blasius
im Alter von 32 Jahren.
Ehre seinem Andenken:
Die Mitglieder des deutschen Bauarbeiter-Verbandes
(Zweigverein Breslau und Umgegend).
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle in Oswitz. 3289

Am 18. d. Mts. verschied sanft nach langem, schwerem Leiden
unsere unvergessliche Tochter und Schwester, die Näherin
Meta Schoiz
im blühenden Alter von 24 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von
der Leichenhalle in Oswitz statt.
Trauerhaus: Vinzenzstrasse 10. 3292

Hermsdorf.
Sonntag, den 18. Juni, nachm.
1 1/2 Uhr verstarb unsere Genossin
Pauline Förster
Beerdigung: Mittwoch, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause V. H. 5b. 3287

Sommer-Theater (Lieblich Etabl.)
Dienstag und Mittwoch, 8 Uhr:
Gastspiel: Marie
Lettinger-Wendt.
„Bummelstudenten.“
Im Garten: Gr. Konzert.

Viktoria-Theater
Die Wender'sche Revue
Bei uns in Breslau
Anfang 8, u. 7-8 Konzert.
Bei Wanda Baum im Garten.
Jeden Freitag:
Nichttrauerer-Abend.

Zeltgarten
Gänzlich neues
Programm.
Spezialitäten
Entree 10 Pfg.

Palmengarten.
Damen-Trompeter.
Bedienung
im
Holencrook.
Entree frei.

Wickelpresse u. Formen
Schillerstrasse 10 bei Brettkopf.
Zahle die höchst. Preise f. geb. Möbel
u. Bildungsgegenstände, Kolmann
Brandenburgstr. 38. 3138

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
H. Leber und Pechmann
nach Thüringer Art. Mettwurst
1/4 Pfund 20 Pfg.
Bei ein Pfund-Einkauf 75 Pfennige.
Hildebrand,
Kofenkaferstrasse 4 und
beide Marktballen. 2501

19
! Kehrt nie wieder!
N. 1.25 Woche M. 1.25
Prima Blumenstoffe
jede Elle Mf. 1.25
Schweiz. Stiefereistoffe
jede Elle Mf. 1.25
Kostümstoffe
jede Elle Mf. 1.25
Prima Seidenstoffe
jede Elle Mf. 1.25
Runschke-Lanben
Schmeidinger Straße 19, 1. Stg.
(Haus Albert Fuchs).

Glücklich
macht ein ruhiges, ungestörtes Studium
und ein ruhiges, gesundes Leben.
Breslau, den 18. Juni 1911
Stockenford - Lilienmilk - Seife
von Bergmann & Co., Radebeul
Preis à Stück 50 Pfg. Innerer Markt bei:
Lilienmilk-Cream Soda
Preis à Stück 50 Pfg. Innerer Markt bei:
A. G. Schwartz, Ostmarkt 4.
H. Dreier, Marktstr. 18.
Paul Gröschel, Marktstr. 18.
Friedr. Götzel, Marktstr. 58a.
W. H. Hirschmann, Marktstr. 20.
F. Heßschmidt, Ostmarkt 65.
Oskar Krieger, Marktstr. 41.
Paul Krieger, Marktstr. 41.
Max Lell, Ostmarkt 55.
Erwin Meyer, Ostmarkt 75.
Franz Moraw, Ostmarkt 59.
H. Schütze Nachf., Ostmarkt 97.
O. Spörleder, Marktstr. 50.
Nachmarkt-Apotheke, Markt 44.
Storch-Apotheke, Markt 11.

Putze nur mit
Globus
Putzextrakt
Beste Metallputz der Welt

Hohtabakhandlung
Carl Rother & Rode
Stollze 1. Zimmer 26.
Spezialität: 4571
H. alte Sumatra-Decken
von tabakf. Brand in jed. Preislage.

Königsgrund Lobe-Strasse 45/47.
Grosses Kränzchen

Wir empfehlen:
Das persönliche Regiment
vor dem deutschen Reichstag.
Preis 25 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Breslauer Festwoche
1911
vom 18. bis 25. Juni
veranstaltet vom
Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, E. V.

Heute Mittwoch:
Kindertag
Programm:

- 4 Uhr: Pokalwettspiele der Breslauer Mannschaften des Süd-ostdeutschen Fussballverbandes um den Preis der Breslauer Festwoche.
- 5 Uhr: Grosses Konzert, ausgeführt von der Konzert-Kapelle des Breslauer Musiker-Verbandes. Direktion: Herr Kapellmeister Rüter.
- 5 1/2 Uhr: Freilicht- und Hans Sachs-Spiele dargestellt von Mitgliedern der Vereinigten Theater unter Leitung des Oberregisseurs Ludwig Masson.
- 6 Uhr: Japanisches Tages-Feuerwerk auf der Anhöhe am Sportplatz.
- 6 1/2 Uhr: Oberschlesische Bauernhochzeit u. Bauerntänze im Trachtenzelt, dargestellt vom Trachtenverein „Koslowagora“.
- 7 Uhr: Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler. Das Mädchen von Elizondo (von Offenbach). Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 7 Uhr: Schülerläufen und Kinderreigen für Knaben und Mädchen, ferner Juniorenkonkurrenzen im Einzel- und Paarlauf vom Verbands Breslauer Rollschuh-Vereine auf dem Podium des Sportplatzes.
- 7 1/2 Uhr: Freilicht- und Hans Sachs-Spiele, dargestellt von Mitgliedern der Vereinigten Theater unter Leitung des Oberregisseurs Ludwig Masson.
- 8 Uhr: Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler, La serva padrona (von Pergolese), Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 8 Uhr: Fahnenreigen, Farbenreigen, Post und andere Vorführungen des Konsulat Breslau der Allgemeinen Radfahrer-Union.
- 9 Uhr: Vorstellung im Marionetten-Theater Münchner Künstler, Das Mädchen von Elizondo (von Offenbach) Kasperl als Porträtmaler (von Franz Graf von Pocci), Leitung: Schriftsteller Paul Brann.
- 9 Uhr: Allgemeiner Tanz im Trachtenzelt. Die Bauernkapelle wird zum Tanze aufspielen.
- 9 1/2 Uhr: Grosse Illumination des gesamten Festplatzes und der Anlagen.
- 7-9 Uhr: Rückkehr der Kraftwagen nach dem Festplatze.

Ausserhalb der Festwiese!

- 3 Uhr: Segelregatta des Breslauer Seglervereins auf der Oder mit Ziel „Zoologischer Garten“.
- 6 1/2 Uhr: Im Konzerthaus: Generalprobe zum 1. Konzert der musikalischen Festaufführungen.
- 9 Uhr: Lampion-Korso der Breslauer Rudervereine und des Breslauer Seglervereins auf der Oder zwischen Ohlemündung und Hafen des Breslauer Seglervereins am Zoologischen Garten.

Die sozialdemokratischen Duma-abgeordneten im Gefängnisse.

Es war in der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1907, als die Regierung des Staatsreiches sich anschickte, den letzten Schlag gegen die soeben aufgelöste Volksvertretung zu richten. Der größte Teil der sozialdemokratischen Dumafraktion, die den Vergewaltigungsmethoden der Regierung den schärfsten Widerstand geleistet hatte, wurde unter der Anklage des Hochverrates ins Gefängnis geworfen, um in der nachfolgenden Prozessorde die Verurteilung und Zwangsarbeit vorzubereiten zu werden. Vier Jahre sind seitdem verfloßen. Nur selten dringt eine Nachricht von den früheren Volksvertretern an die Öffentlichkeit, die untergetaucht sind in dem endlosen Meer des Elends und der Greuel, in welchen Hunderttausende Gefangene schmachten. Einige von ihnen, die Genossen Dshaparidse und Dshugeli, sind bereits den trauerhaften Zuständen in den Gefängnissen zum Opfer gefallen. Der Genosse Machradse, der im Gefängnis zu Nikolajew weilt, ist vor kurzem wahnsinnig geworden. Während der bekannten Tragödie in Zerkau, welcher Stanow zum Opfer fiel, wurde auch der Name des Genossen Sferow erwähnt, der zusammen mit den übrigen Gefangenen gegen die Greuel protestierte. Noch früher waren Mitteilungen über die fürchterlichen Leiden des Genossen Komaridse im Gefängnis zu Zerkau in die Öffentlichkeit gedrungen. Jetzt hören wir endlich auch von dem Schicksal des Führers der sozialdemokratischen Fraktion, Zereckli. Da er schwer an der Lungen- schwindsucht erkrankt ist, wurde ihm die Zwangsarbeit in eine langjährige Gefängnisstrafe umgewandelt, die er in dem Gefängnis zu Nikolajew verbüßt. Dieses Gefängnis, das berüchtigt ist durch sein graumames Regime und wo, wie berichtet wird, die Gefangenen systematisch geprügelt werden, kann mit seinen Hunderten von Einzelzellen als lebendiges Massengrab für die Internierten angesehen werden. Hier in diesen steinernen Wäldern, wo die Gefangenen ohne welche Pflege unter den strengsten Bedingungen gehalten werden, sind meist die Lungen- schwindsüchtigen und andere Kranke interniert, die auf diese Weise am schnellsten ins Jenseits expediert werden. Selbst die Müdigten, Stärksten werden in dieser raffinierten Hölle gebrochen. So schreibt der Genosse Zereckli, er habe nur den Wunsch, daß man ihm in Anbetracht der bedeutenden Verschlechterung seines Gesundheitszustandes gestatte: 1. eigenes Schuhzeug zu tragen, da er sich in den Anstaltschuhen selbst in der Hölle erkalte, 2. sich die Kleidung aus leichterem Stoff anfertigen zu lassen, da er wegen seiner Schwäche das dicke Zeug der Anstaltskleidung nicht vertragen könne, und 3. einen schmalen Streifen Stoffes auf den Asphaltboden zu legen, da er sich sonst hets erkalte. Das sind die Wünsche des hervorragenden Mannes, der infolge seiner schweren Krankheit und der langjährigen strengen Haft vollständig an Körper zerbrochen ist. Er hatte noch einen Wunsch: daß man ihm das Zeitunglesen gestatte: „Länger als drei Jahre weiß ich nicht, was in der Welt vorgeht; zu wissenschaftlichen Arbeiten bin ich infolge meiner völligen physischen Erschöpfung vollkommen unfähig; das einzige, was mich erfrischt könnte, wäre das Lesen von Zeitungen.“ Diese Bitte ist abschlägig beschieden worden, während die ersten drei nach langwierigen Vorstellungen in Petersburg dem totkranken Volksvertreter bewilligt wurden.

Die Auszüge aus diesem Briefe Zerecklis sind vor kurzem in der liberalen russischen Presse veröffentlicht wor-

den, die nun auch Worte der Anerkennung für die gefangenen sozialdemokratischen Abgeordneten fand. Auch der Kadettenführer Witschow fand vor kurzem, anlässlich der Stolypin-Interpellation in der Duma endlich Worte der Brandmarke für die Handlungsweise der Staats- reichsregierung, die eine „nie bestandene Verschwörung“ gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma ins Feld geführt hatte. Es ist charakteristisch, daß die russischen Liberalen erst jetzt den Mut gefunden haben, die Handlungsweise der Regierung an den Pranger zu stellen. Vor vier Jahren, während des Prozesses gegen die Fraktion, lehnten es die Kadettenführer sogar ab, den zur Zwangsarbeit verurteilten Teilnehmern der „nie bestandenen Verschwörung“ eine Sympathieerklärung zu übermitteln. Jetzt aber, wo das vor vier Jahren inaugurierte System schmätzlich zusammengebrochen ist, und die Politik Stolypins und der dritten Duma zu einer permanenten inneren Krise geführt hat, erleben auch vor den Vertretern des liberalen Bürgertums die Schatten der sozialdemokratischen Abgeordneten, die vergeblich an die Liberalen appelliert hatten, die Rechte des Volkes mannhast zu vertreten. Die russische Arbeiterklasse hat dieser Lehren nicht bedurft, um die Tätigkeit der früheren Vertreter ihrer revolutionären Taktik richtig einzuschätzen. Die Gestalten ihrer Führer leben in ihren Gedanken fort, und wenn sie wieder die Kraft finden wird, ihre Stimme machtvoll zu erheben, wird sie bei dem Ruf nach der allgemeinen Befreiung der politischen Gefangenen vor allem an ihre Dumaabgeordneten denken, die sich nach der Sprengung der Duma nicht in Sicherheit brachten, sondern erhabenen Hauptes in die Gefangenschaft des Zaren gingen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Juni.

Gedächtniskalender.

21. Juni.

- 1819 Der Komponist Jacques Offenbach in Köln.
- 1871 Der Freiheitskämpfer Robert Prutz.

Zur Lohnbewegung der Dorschiffer.

Bekanntlich hat am 3. April der Deutsche Transportarbeiter-Verband mit dem Arbeitgeberverband für Binnen- schiffahrt einen Vertrag für die Dorschiffer abgeschlossen. Es gehören aber nicht alle Armen dem Arbeitgeberverbande an; die Organisationsleitung der Innenschiffer hat nun versucht, auch bei diesen Firmen die am 1. Juli eintretenden neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen. Bei einzelnen Firmen ist jetzt eine Verständigung erfolgt, bei einer Anzahl Firmen aber nicht, so daß es hier zum Streik kommen wird.

Der Vorsitzende der Innenschiffer, Schünig, hat bereits am 15. Juni im Auftrage der Mannschaften die Kündigung eingereicht bei der Neuen Ocker-Neederei, Karl Krause und Lowack u. Vor. Bei diesen Firmen werden die Bootsköcher am 1. Juli ausständig und die Steuerleute am 15. Juli. Weitere Kündigungen stehen bevor. — Bei der Privatschiffahrt wird es ebenfalls noch zu Arbeitseinstellungen kommen. Die Verträge sind in allen Umständen aus- gesetzt und werden von den Mannschaften der Privatschiffern zur Unterzeichnung in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli vorgelegt werden, da es der Organisationsleitung nicht möglich ist, bei gut 2000 Privatschiffern die Verhandlung mit jedem einzelnen zu führen. Nachdem dann am 15. Juli das Ergebnis bekannt gegeben ist, soll gegen die ablehnenden

Privatschiffer vorgegangen werden. Es ist aber zu erwarten, daß es bei der privaten Schiffahrt nicht zu großen Streitigkeiten kommen wird.

Eine Straßen-Demonstration

mit einer Versammlung unter freiem Himmel

hat der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband am Sonntag auf dem Königsplatz vor dem Bismarckdenkmal veranstaltet. Die Schlesische Morgenzeitung schreibt darüber:

„In einer mächtigen, freudigen Belegung des Deutschen geschickte sich die Aufhebung am Bismarckdenkmal auf dem Königsplatz am Sonntag vor dem Bismarckdenkmal vorzunehmen. Etwa gegen 2 Uhr strömten von allen Seiten deutsch-nationale Handlungsgehilfen, fast ausnahmslos mit dem Festzettel am weißen Bande und der Nadel im Hemde, nach dem Königsplatz. Viktor Blobel (Hamburg) hatte inzwischen den Sockel des Denkmals erklimmt und feierte mit weitgehender Stimme Bismarck, den Volkshelden als den Vorgesetzten der Germanen, der uns ein deutsches Reich deutscher Nation gemeinsam mit Wilhelm dem Siegreichen geschenkt hat, im Gegensatz zu dem römischen Reich deutscher Nation, für das die elben Sklaven und andere Kaisergeschlechter ihr Herzblut vergossen haben. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das geliebte deutsche Reich schloß er seine von edler Vaterlandsliebe glühende Ansprache und mächtig hallte das Bismarcklied „Deutschland, Deutschland über alles“ über den weiten Platz.“

In der Schlesischen Zeitung lesen wir:

Am Sonntag ging den Verhandlungen eine Ehrung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck am Bismarckdenkmal auf dem Königsplatz voraus. Krüh um 8 Uhr versammelten sich eine beträchtliche Anzahl der Teilnehmer am Königsplatz und um 8 1/2 Uhr fand die Feier statt. Herr Viktor Blobel aus Hamburg hielt vom Sockel des Denkmals eine Ansprache, in der er die Bedeutung der Deutschen von der Römerzeit bis auf die Gegenwart, sowie die Bedeutung Bismarcks und Wilhelms I. für die Entwicklung des deutschen Reiches und des Deutsch- tums schilderte. Auf die Ansprache folgte Niederlegung eines Kranzes mit Schleifen in den deutschen Farben und ein Heil auf dem deutschen Vaterlande. Mit dem Bismarcklied „Gott der Herr der deutschen Söhne“ und dem Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß die feierliche, aber erhabend an- drucksvolle Feier.“

Wir haben es also mit einer Kundgebung auf dem Königs- platz und einer Versammlung unter freiem Himmel zu tun. Wo war in diesem Falle die Polizei? Als am 20. Februar 1910 die Besucher einer Wahlrechts-Versammlung aus dem „Lehnen Keller“ kamen, sperrte die Polizei den Königs- platz ab und zwang die Leute zu weiten Umwegen. Die Stra- ßendemonstration am Bismarckdenkmal mit einer Rede aber ganz ungescheit vor sich. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die Polizei diese Versammlung unter freiem Himmel im Zentrum der Stadt ausdrücklich erlaubt hat. Wenn das aber nicht geschehen ist, dann sind hier die Bestimmungen des Reichs- vereinsgesetzes arg verletzt worden, und man darf wohl erwarten, daß die Polizei und die Gerichte ebenso entschieden gegen die Bismarckdemonstration vorgehen werden, wie sie die Sozial- demokraten zur Rechenschaft ziehen. Oder ist den deutschnatio- nalen Parteilosen erlaubt, was bei den roten Umwälzern mit Gefängnis- oder Gefängnisstrafen geahndet wird? Oder würden wir uns? Hat die Polizei diese Kundgebung vor dem Bismarck- denkmal mit der Rede des Herrn Blobel und den Liedern wirklich erlaubt, dann haben wir dagegen nichts einzuwenden, müssen aber unter allen Umständen verlangen, daß die sozial- demokratischen Demonstrationen mit gleichem Maße ge- messen werden.

Vom „Handlungsgehilfentage“.

Die Beratungen, die am Sonntag vormittag um 11 Uhr fortgesetzt wurden und bis 4 1/2 Uhr nachmittags dauerten, beschäftigten sich hauptsächlich mit wichtigen Berufsfragen, wobei allerdings sofort wieder zu beobachten war, daß der große

Sommerjohanniswende.

Zeit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden, und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht. Damit hat astronomisch der Sommer begonnen und die Natur ist an einem Wendepunkt angelangt. Die lebende Natur aber hat diesen Höhepunkt noch nicht erreicht, denn die Erde faugt noch immer jäh die Strahlen der hochstehenden Sonne ein und erst im Juli und August kommt ihre wärmependende Kraft recht zur Geltung, obwohl unser Zentralgestirn dann schon nicht mehr so günstig für uns steht.

Wir wollen nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß es falsch ist, zu sagen, die Sonne wandert nach Norden, denn der Bergang läuft in Wirklichkeit ganz anders ab. Wegen der zur Erdbahnebene senkrechten, aber gleichbleibenden Stellung der Erd- achse wendet der Nordpol im Verlaufe eines Jahres der Sonne sich für ein halbes Jahr zu, für ein zweites halbes Jahr ab. Und wenn die Erde den Punkt überschreitet, in welchem der Nordpol sich der Sonne am meisten zuneigt, dann erfolgt das, was wir Sommerjohanniswende nennen und von wann ab wir Rückwärtswanderung der Sonne rechnen. Umgekehrt ist es zur Winterjohanniswende. Für uns die nördliche Erdhemisphäre Wohnenden geht an diesem Tage die Sonne zurück, nach Süden um, erreicht also den Wendekreis des Krebses, und bezeichnet damit astronomisch wenigstens den Abstieg.

Sommerjohanniswende war in den germanischen Ländern früher ein Festtag. Und die wärmende Flamme, das irdische Abbild und Zeichen der glühenden und licht- und wärmependenden Sonne, war das Symbol des Tages. Ueberall flammten in den Tagen der Sommerwende im Juni die rauchenden Feuer- fäulen empor, womit den Göttern geopfert und für den Opfern- den Schutz und Schirm gegen alle möglichen Gefahren von ihnen erstet und erzieht wurden.

Dieser alte heidnische germanische Brauch hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Die christliche Kirche hat natürlich auch hier versucht, die heidnischen Reminiscenzen zu vertilgen, sie hat es aber nicht fertig gebracht. So ist die Flamme, über- haupt als alles heidnische Symbol immer Siegerin geblieben. Selbst die Edikte Karls des Großen, der die Todesstrafe über alle verhängte, die die Leichen ihrer Angehörigen dem heidnischen Feuer übergeben, haben diese Sitte nicht zu verhindern ver- mocht. Sie erhielt sich her Kirche zum Trotz, und die Feuer- feien, die im Mittelalter vielfach ganz offiziell waren, behielten sich mehr und mehr aus. Die Kirche schloß also auf andere Weise mit der Sommerjohannisfeier ihren Frieden; sie lag ihr eine christliche Bedeutung an und weichte sie dem kirchlichen Ge-

heimnis. In dieser Form besaß die Sommerfeier im Mittel- alter dann große Allgemeinheit: Kaiser und Könige beteiligten sich daran und trugen ihre Brandopfer zu dem lebenden Holz- feuer bei, der auch da noch seine reinigende, helfende und stärkende Wirkung heilschaffen konnte. Aber nicht der Scheiter- haufen allein war die Form der Brandopfer, im Elend sollte man brennende Räder von den Bergen, in Zerk und anderen Abhängenden jäherte man brennende Strohdünge an, die an langen Stangen steckten, den „Johannisstrangen“.

Wie bei allen heidnischen Götterdiensten und Feiern im Mittelalter schob sich auch bei der Johannisfeier ein wüster Dämon, Teufels, Spuk und Übernatürliches mit unter, der die merkwürdigsten Gebrauche im Gefolge hatte. Dabei bedeutete der Johannisgäuber vorwiegend Unheil für den ausübenden Menschen — wie es bei einem Sonnenfest eigentlich gar nicht anders sein kann. Sind doch auch die lebensfreundlichen und lebensbejahenden Eigenschaften der Sonne zu eindringlich, als daß sich ihnen der dankbare Mensch entziehen könnte!

Aus aller Welt.

Eine Verteidigung des Grafen Zeppelin. Unter der Ueberschrift „Zur Sonnenwende“ brachte Maximilian Harden in Nummer 37 der „Zukunft“ einen Artikel über den Luft- schiffbau Zeppelins, in dem er eine herbe Kritik an der bisherigen Arbeit des Grafen Zeppelin übt und seine Erfolge herabzuwür- digen sucht. Der Direktor der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H., G. m. b. H., Colman, richtete an den Herausgeber der „Zukunft“ ein Antwortschreiben, das aber in der letzten Nummer der „Zukunft“ keine Aufnahme fand. Ebenjovonig erhielt Direktor Colman irgendeine Antwort von Harden über die Nichtaufnahme seines Schreibens. Infolgedessen sah sich Direktor Colman veranlaßt, sein Antwortschreiben der „Württembergischen Zeitung“ zu übermitteln, in der das Schreiben heute in aller Ausführlichkeit publiziert wird. Hieraus sei fol- gendes wiedergegeben:

„Es ist vielleicht kein Erfolg, wenn bei den letzten jährlig Jahren keine größeren Defekte eines Jahr unterdrücken und das gewünschte Ziel erreicht wurde, wenn Motoren, Getriebe und Propeller zuverlässig arbeiteten? Ist es kein Erfolg, daß die Geschwindigkeit gesteigert wurde, so daß 3-Schiffe im Verhältnis zur Motorenstärke die größte Geschwindigkeit besitzen, und daß das Luftschiff, das jetzt die Fahrt be- immt, die größte Geschwindigkeit der bisher gebauten Luft- schiffe aller Systeme besitzt? Haben Sie nicht gesehen von der Höhenfahrt auf 1810 Meter, die in wenigen Minuten erstiegen wurden, ohne irgend Ballast auszuwerfen? In diese Höhe können

die Schiffe zurückkehren, beliebig oft; das ist von großem Wert für die Kriegsbrauchbarkeit, ein Erfolg sondergleichen. Oder ist es kein Fortschritt, wenn das Gewicht um 1000 Kilo- gramm herabgesetzt und dennoch die Festigkeit erhöht wurde? Das wurde erreicht ohne Kuratorium, und mit einem solchen würde sicherlich nicht mehr erreicht worden sein.“ Dann geht Direktor Colman auf den Düsseldorf- Un- fall ein, bei dem er die Schuld der Halle und nicht dem Luft- schiff zuschreibt. Colmann fährt fort: „Sie schreiben, daß Sie nicht wissen, ob Graf Zeppelin, wie von ersten Männern be- hauptet wird, den wichtigsten Teil seines Systems von dem Döckerreicher Schwarz übernommen und die Möglichkeit zur Verbindung der beiden Gondeln in einem amerikanischen Patent gefunden hat. Wenn man so etwas nicht weiß, sollte man es auch nicht wiederholen! Wer sind die ersten Männer, die das behaupten? Sie irren, diese Männer: ich weiß das, denn ich habe die Ehre, dem Grafen Zeppelin nahe zu stehen, und habe dem verstorbenen Industriellen Karl Berg, der das Luftschiff des David Schwarz baute und aus seiner Tasche bezahlte, nahegestanden. Lediglich einige Konstruktions- teile am Gerippe waren bei dem ersten Luftschiff die gleichen wie bei dem des David Schwarz, da die Einzelteile beider Schiffe in der Fabrik von Karl Berg in Lützenfeld her- gestellt wurden. Schon bei dem zweiten Luftschiff war nichts, was irgendwie dem Schwarzischen Luftschiff gemeinsam gewesen wäre. Und von dem amerikanischen Patent weiß hier in Friedrichshafen kein Mensch etwas, die Geschichte ist ebenso un- wahr, wie die, daß der Kriegsminister von einem infolge eines Konflikts mit dem Grafen Zeppelin oder wegen des Grafen Zeppelin seinen Abschied genommen habe.“

Unweiterkatastrophen. Ueber dem Heimbaugebiet des Departements Aube ist am Sonntag Abend ein Umsturz niedergegangen, das die Ernte vollständig vernichtet und die Winger und Landleute der Gegend in eine gar- blose Lage versetzt hat. Um 5 Uhr brach über Bar-sur-Aube ein orkanartiger Sturm los, der alles hinweglegte, was sich ihm in den Weg stellte. 120 alte Pappeln wurden wie Streichhölzer geknickt. Die Telegraphenleitungen sind auf lange Strecken vollkommen niedergelegt. Eine Dragoner- Patrouille, des das Aufgebot besetzt haltenden Militär ge- wehr, in den Orkan, ihre Leute wurden aus dem Stille gehalten, die Pferde jagten davon. Zum Sturm folgte Hagel und Regen. In den Weinbergen liegen die Reben wie im Dezember da. Das Getreide ist so zu Boden geschlagen worden, daß für die Ernte nichts übrig bleibt. Auch in der Stadt Bar-sur-Aube ist der vom Umsturz angelegte Schaden groß. Dächer sind teilweise abgedeckt, Fenster eingeschlagen

Mittwoch, den 21. Juni 1911.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Montag die 2. Lesung der Rheinischen Gemeinde-Ordnung beendet. Am lebhaftesten gestaltete sich die Debatte bei der Beratung eines Antrages eines Zentrumsmitgliedes und der Fortschrittler auf Einführung der geheimen Stimmgabe. Die Nationalliberalen, die sich noch bei den letzten Wahrscheinlichkeiten für die geheime Abstimmung ausgesprochen hatten, erklärten diesmal dagegen zu stimmen, da man einer Provinz nicht ein besonderes Vorrecht geben und das Gesetz nicht zu sehr belasten dürfe. — Im Gegensatz dazu sprach sich für die geheime Stimmgabe aus, indem er gleichzeitig die Haltung des Zentrums kritisierte, das jetzt — vor den Reichstagswahlen — so entschieden für die geheime Wahl eintritt, obwohl es bei der Wahlrechtsvorlage für Preußen die geheime Abstimmung hintertrieben habe. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Zentrums abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch ein Antrag des Zentrums, nach dem die Bürgermeister der Rheinischen Gemeinden von den Gemeindeführern gewählt werden sollen. Dagegen gelangte ein Zentrumsantrag auf Befreiung der Kreisräte für unsere Beamten im Kommunaldienst der Rheinischen Gemeinden zur Annahme. Am Dienstag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus

erledigte am Montag das Groß-Berliner Zweckverbandsgesetz. Der Antrag des Frankfurter Oberbürgermeisters Adickes, den Kleinwohnungsbaun wieder unter die Verbandsaufgaben aufzugeben, wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, den der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Dr. v. Winter gestellt hatte, und durch den der Zweckverband die Berechtigung erhält, aus wichtigen Rücksichten des Verkehrs oder der Gesundheitspflege Lichtlinien und Bauungspläne auch gegen den Willen der Gemeinden festzulegen. Gegen diesen Antrag wandte sich Herr von Buch, der über zu viel Sozialpolitik in Preußen klagt. Diese Rede war so rückschrittlich, daß sich sogar Herr von Wedel, der Führer der Rechten, dagegen wandte. Der Rest der Tagesordnung, auf der sich die Vorlage zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts das Gesetz gegen die Losgesellschaften und die Denkschrift über die Polenpolitik befanden, wurde debattelos erledigt.

In der Diensttags-Sitzung soll das Feuerbestattungsgesetz beraten werden.

Arbeiterbewegung.

Zum Berliner Zeitungsstreik

Nachdem eine Montag früh in Berlin zusammengetretene Gesamtkonferenz des Buchdrucker-Druckereiarbeiter-Verbandes die in folgender, einstimmig beschlossener Resolution zum Ausdruck kommt:

„Die am 19. Juni 1911 tagende Konferenz der Gesamtkonferenz des Buchdrucker-Druckereiarbeiter-Verbandes hat den in den Berliner Zeitungen verurteilten auf das entschiedenste bestehende Zeitungsstreik, welches die Vertrags- und Tariffreiheit unseres Verbandes in Frage stellt.“

Die Konferenz verurteilt dieses disziplinwidrige Verhalten umso mehr, als die Buchdruckerorganisation garnicht gewünscht hat, daß unsere Kollegen in dieser Angelegenheit, die reine Buchdruckerfrage war, sich solidarisch erklären.

Die Konferenz fordert aufs neue und mit allem Ernst, daß bei allen streitigen Berufs- und Tarifangelegenheiten einzig und allein dem begründeten Entschieden der in Betracht kommenden Tarifinhaber und des Verbandsvorstandes Folge zu leisten ist, widrigenfalls die Zuwiderhandlungen ihres Unterstützungs- und Mitgliedsrechtes verlustig gehen.“

Bei den Buchdruckern schweben die Verhandlungen noch und am Mittwoch Abend soll eine Mitglieder-Versammlung des Berliner Ortsvereins die weiteren Maßnahmen beschließen. Es liegt folgende Resolution vor:

„Die Versammelten betrachten die Entlassung der beiden Vertrauensmänner Huf und Welling als eine Härte, mißbilligen aber das Vorgehen der Relationsmaschinenmeister des „Lokal-Anzeiger“, da dieses geeignet ist, die Interessen der Organisation auf das schwerste zu schädigen und die Tarifgemeinschaft zu zerstören. Um den Frieden in den Betrieben wieder herzustellen, hält die Versammlung es für notwendig, daß das gesamte Personal wieder zur Arbeit zurückgeführt wird. Die Versammelten erwarten von der Leitung des „Lokal-Anzeiger“, daß der loyalen Haltung der heutigen Versammlung Rechnung getragen wird und daß die Wiedereinstellung des gesamten Personals erfolgt. Die Organe unseres Verbandes werden beauftragt, sofort Verhandlungen anzubahnen, um die Wiedereinstellung der beiden Vertrauensmänner zu erzielen. Die Versammlung verlangt vom Zentralvorstand des Buchdrucker-Verbandes die Zurücknahme des Ausschlusses der 37 Kollegen.“

Ueber die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes wird dem G. L. V. noch gemeldet:

Der Ausschuss der Gehilfenschaft trat am Montag an den Berliner Lokalanzeiger mit dem Ersuchen heran, die Arbeit wieder aufnehmen zu dürfen und knüpfte daran die Bitte, die 37 ausständigen Maschinenmeister wieder einzustellen. Die Vertreter der Hilfsarbeiter knüpften daran die weitere Bitte, daß auch die zwei Maschinenmeister, deren Entlassung den Grund des Streiks bildete, wieder in Arbeit zu nehmen. Infolge dieses Ersuchens berief der Lokalanzeiger die vereinigten Firmen zusammen und beschloß mit ihnen, daß über die letzteren zwei Maschinenmeister gütlich geredet werden solle. Weiter wurde beschlossen, von den ausständigen Gehilfen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit zu verlangen, wogegen sich der Verlag erklärte, 30 von den Maschinenmeistern wieder einzustellen. Abends 6 Uhr fand eine gemeinsame Sitzung mit den Vertretern der Gehilfenschaft statt. Letztere hat, daß die 7 Maschinenmeister, die von den 37 nicht wieder eingestellt werden sollten, freiwillig zum Rücktritt melden sollten. Einer der anwesenden Maschinenmeister, der das Flugblatt gegen die Firma Scherz veröffentlicht hat, erklärte daraufhin, daß er freiwillig zurücktrete. Bezüglich der anderen kam man überein, daß drei Gehilfen freiwillig zurücktreten könnten, die anderen drei aber vom Verlage bezahlet werden sollten. Von der Forderung, daß die tarifbrüchigen Gehilfen eine Summe von 10.000 Mark zahlen sollten, sah der Verlag auf Bitten des Zentralvorstandes der Gehilfenschaft ab, welcher erklärte, daß die Forderung für die tarifbrüchige Befragung der 37 ausständigen Maschinenmeister gegenüber dem Verlage übernehme.

Zum internationalen Gewerkschaften. In Erwiderung des Protestes der Antwerpener Arbeiter, welche dem Bürgermeister erklärten, nur 2 Fr. für jeden angeworbenen Wähler zu zahlen, hat man dem Bürgermeister vier Dokumente unterbreitet, worin

verlangt wird, daß für jeden eingeschriebenen Seemann 15 bis 20 Fr. Werbelohn festgesetzt sind. Die Lage ist unverändert. Die Agenten der Reederei hoffen, daß nächsten Sonnabend die Dampfer „Waterland“ und „Gronland“ abfahren können.

Die Glasgower Hafenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Der Küstenhandel ist vollständig lahmgelegt. Das Büropersonal der Schiffs-Gesellschaften. Die Führer drohen ebenfalls, in den Ausstand zu treten. In der Hafenstadt Glasgow wurde die Polizei verstärkt. In Glasgow hat der Ausstand also beträchtliche Störungen im Gefolge. In einer dort abgehaltenen Versammlung wurde ein Brief der Allgemeinen Arbeitervereiner in Paris verlesen, in welchem diese ihre Sympathie und Solidarität mit den englischen Seeleuten zum Ausdruck bringt und darauf hinweist, daß Schritte unternommen werden seien, um die Annäherung von französischen Arbeitwilligen zu verhindern. In Cardiff warfen die Ausständigen gestern mehrere Arbeitswillige in ein Loch, die nur mit Mühe von der Polizei gerettet werden konnten.

Die Katak-Kompagnie Theodor Reichardt, G. m. b. H., setzt uns von einem Vergleich in Kenntnis, in dem der Gewerkschaftsbeamte Wilhelm Lehmann erklärte:

Durch die verschiedenen Prozesse habe ich mich davon überzeugt, daß die Vorwürfe, die in der Nr. 27 des Hamburger Echo vom 2. Februar 1910 gegen die Katak-Kompagnie Theodor Reichardt G. m. b. H. in Wandbeset in Bezug auf Reinlichkeit des Betriebes erhoben sind, unbegründet sind, die Prozesse haben vielmehr dargetan, daß die Betriebsleitung bestrebt ist und gewesen ist, äußerster Sauberkeit wachen zu lassen, und daß diese Bestrebungen von jeder auch Erfolg gehabt haben. Ich nehme die Angriffe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und trage die Kosten des Verfahrens. Ich verpflichte mich auch, diese meine Erklärung in Hamburger Echo und in der Deutschen Arbeiter- und Konditorzeitung binnen zwei Wochen nach Zustellung einer Vergleichsanforderung je einmal durch Abdruck oder weiteren Zusatz bekannt machen zu lassen, und zwar im Hamburger Echo im Sprechsaal.

Angebrochene Ausperrung in der Leipziger Metallindustrie. In den Leipziger Metallgewerkschaften sind die Arbeiter ausständig. Der Streik des Streits ist jetzt fünfzig, 14 Betriebe haben bereits den Streik anerkannt. Der Leipziger Metallindustriellen-Verband hat beschloffen, zur Unterdrückung der bedrängten Gewerkschaften nach 14 Tagen 80 Prozent und nach weiteren 14 Tagen abermals 20 Prozent der Metallarbeiter auszusperrern. Die Ausperrung soll weiter fortgesetzt werden, bis der Streik der Gewerkschaften durch die Unternehmer abgewehrt ist.

Vom Bäckerstreik in Mannheim. Durch die einmütige Arbeitshiederlegung und den von der Einwohnerschaft ausgehenden Boykott hat bis zum 16. Juni 94 Betriebe (insgesamt der Tarifstreik) mit 157 Gehilfen die Forderungen anerkannt. In Betracht kommen 218 Betriebe mit 826 Arbeitern. Ein an die Einwohnerschaft verbreitetes Flugblatt sowie ein Aufruf der Parteileitung und des Gewerkschaftsleiters zur tatkräftigen Unterstützung der Streikenden veranlaßte den „Allgemeinen Arbeiter-Verband“, den Gegenboykott zu eröffnen. Die Schachtmacherorganisation kündet an, sie werde in den nächsten Tagen die Betriebe veröffentlichen, die die Gehilfenforderungen nicht anerkannt haben. Damit kommen die Schachtmacher reichlich spät. Die Bäckerinnung hat selbst schon den Kampf aufgegeben, weil sie nicht, daß die Mitglieder der Wacht des Boykotts nicht standhalten können. Ungefähr die Hälfte aller Betriebe sind geregelt. Der Arbeitgeberverband, der wegen seines herabgesetzten Arbeitsnachweises bekannt ist, wird mit seinem Aufruf nur Del ins Feuer gießen und erntet recht die organisierte Arbeiterkraft zur schärfsten Anwendung des Boykotts aufzusuchen. Zuzug von Vätern nach Mannheim ist fernzuhalten.

Internationales Textilarbeiter-Meeting in Enschede. Im Anschluß an den internationalen Kongress in Amsterdam erfolgte in Enschede, an der holländisch-weißrussischen Grenze, am Sonntag, den 18. Juni, eine große öffentliche Demonstration der umwohnenden Textilarbeiter. Viele Tausende waren zusammengezogen aus Enschede und Holland und marschierten unter den Klängen dreier Musikkorps und unter Mitführung von 25 Gewerkschafts- und Parteibannern nach einem schönen Garten-Restaurant in der weiteren Umgebung Enschedes. Dort entwickelte sich bei Musik und Ansprachen die eigentliche Volksfestlichkeit. Von holländischen, deutschen, österreichischen und dänischen Gewerkschaftsführern wurden von drei Tribünen aus Reden an die Massen gehalten. Deutscherseits sprachen die Genossen Hübsch, Köffel und Gohle aus Berlin und Brüggemann aus Breslau. — Im holländisch-weißrussischen Grenzdistrikt hat sich ein Organisationsleben entwickelt, woran vor einem Jahrzehnt noch niemand zu denken wagte, und sicher wird dieses öffentliche Massenaufgebot von Gesinnungsgenossen den internationalen Zusammenhalt und den Verbessern unserer Genossen und Kollegen an der nördlichen Westgrenze noch weiter stärken.

Schlesien, Posen und Raabergebiete.

Aufruf

an alle Genossen und Genossinnen, die aus dem Stadt- und Landkreis Ramlau stammen.

Der Kreis Ramlau gehört zu denjenigen Gegenden Ostpolens, wo die Sozialdemokratie noch keinen Einzug gehalten hat. Dort fehlt noch jeder Anfang der Parteiorganisation, auch war es trotz eifriger Bemühung noch nicht möglich, Versammlungen abhalten zu können, oder mit Gleichgesinnten in Verbindung zu treten. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 wurden in der Stadt Ramlau 62 und im Landkreis Ramlau 82 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Wenn es uns nicht glückt, bessere persönliche Verbindungen, sowie Versammlungsmöglichkeiten zu erhalten, so verlieren die bevorstehenden Reichstagswahlen das beste traurige Resultat und hemmen damit die schöne Entwicklung unserer Sache im Stadt- und Landkreis Briesg.

Bei den mangelhaften Verkehrsverbindungen zwischen Briesg und Ramlau ist es für die Briesger Genossen ausgeschlossen, diese politisch für uns brachliegenden Gebiete so zu bearbeiten, wie es nötig ist. Wir wenden uns daher an alle aus dem Kreis Ramlau stammenden Genossen und Genossinnen, sowie an solche, welche freundschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehungen in der dortigen Gegend unterhalten mit der dringenden Bitte:

1. Angabe von Adressen von Arbeitern, Handwerkern und Kleinbauern, denen wir den „Ramboten“ oder sonstiges Agitationsmaterial per Post zusenden können.
2. Angabe von Adressen von Gastwirten, die man wegen Abhaltung von Versammlungen ansprechen könnte.
3. Angabe von Adressen von Besitzern, die uns Wiesen oder Hofräume zu Versammlungszwecken vermieten würden.

Für jede derartige Anregung sind wir dankbar. Alle Schreiben in dieser Angelegenheit bitten wir zu richten: An Parteisekretär E. H. Müller, Breslau, Neue Graupenstraße 5, I, oder an den Handschuhmacher Carl Farchmin, Briesg, Gerberstraße 2.

In der Hoffnung auf Unterstützung unserer Bestrebungen zeichnet mit Parteigruß

Die Kreisleitung des Reichstagswahlkreises Briesg-Ramlau.

Zum Oberpräsidenten in Posen

soff nach der „Neuen Gesellschaft. Correspondenz“ der Allensteiner Regierungspräsident v. Dellmann auszuweisen sein. Dellmann, dessen Vater Dellmann hieß und den Namen Dellmann erst mit der Adelsverleihung im Jahre 1883 angenommen hat, war, bevor er nach Allenstein kam, Polizeipräsident in Posen.

Wanzen, 20. Juni. Die Arbeiterfrauen und -Mädchen in den gegenwärtigen politischen Kämpfen, so lautet das Thema, über das Genossin Greifenberg-Werlin in einer besonders von Frauen gut besuchten Volksversammlung referierte. Scharf gezielte die Referentin die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung und hob besonders hervor, wie die Arbeiterinnen und bedrückt das Leben. Mehr als je fordert daher die Arbeiterin die volle Gleichberechtigung im Staats- und Wirtschaftsleben. Sie fordert weiter das Wahlrecht zu Staat und Kommune. Brauender Beifall lobte die Referentin am Schluß ihrer 1 1/2 stündigen Ausführungen. Der Erfolg war 10 neue Parteimitglieder, meist weibliche. Mit einem Hoch auf den Sozialdemokratischen Wahlverein schloß der Leiter die Versammlung.

— In die Genossin! Die erste allgemeine Flugblatt-Verbreitung für den ganzen Bezirk findet am Sonntag, den 1. Juli, statt, worauf wir schon heute hinweisen.

Ohlan, 20. Juni. Unglücksfall. Gestern Vormittag verunglückte ein galizischer Arbeiter in der Imprägnier-Anstalt (Müllers Werke) beim Abladen von Telegraphen-Stangen. Es fiel ihm eine Stange aus der Höhe, das ihm getroffen wurde. Der Verunglückte wurde nach Breslau überführt.

Peiserwitz, 20. Juni. Aus unserer Gemeinde Am vorigen Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, fand eine Gemeindevorstandersitzung im Wenzelschen Gasthause statt, die nicht vollzählig besetzt, aber beschlußfähig war. Der Privatfeldweg Peiserwitz-Bergel stand zur Verhandlung. Es wurde beschlossen, folgenden Antrag an den Kreis-Ausschuß zu stellen: Die heutige Sitzung vom 15. Juni 1911 ersucht den Kreis-Ausschuß, den Feldweg Peiserwitz-Bergel an die Gemeinde Bergel anzuschließen, und die noch fehlenden Grenzlinien von Peiserwitz in die Gemeinde Bergel einzuführen. Sollten durch diese Regelung und Umkehrung der antragstellenden Partei Unkosten oder Verpflichtungen entstehen, so zieht die antragstellende Partei ihren Antrag zurück, und der Weg, sowie Grenzlinien gehören dann wieder nach Peiserwitz. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde über die Unterbringung der Kinder des verunglückten Arbeiters neu verhandelt. Drei der Kleinsten kommen in ein Waisenhaus bei Reichenbach, das ältere blieb am Orte bei einer Tante. Ferner wurde noch über erhöhte Armenunterstützung der Bedürftigen verhandelt, sowie über das Armenhaus, das bald neu gebaut werden muß, denn die heutigen Wohnungen sind nicht mehr beziehbare. Öffentlich wird es nicht zu lange dauern, ehe die Armen eine bessere Wohnung bekommen werden.

Brieg, 20. Juni. Der Streik bei Goldner ist nach achtstägiger Dauer durch das Eingreifen des Kollegen Würzberger-Berlin mit Erfolg erledigt worden. Seit Montag Mittag wird wieder gearbeitet.

Brieg, 20. Juni. Sommerferien bei Güttler u. Co. Schon oft hat der Metallarbeiterverband den skandalösen Zuständen in obigen Betrieben ein halt gebieten wollen, doch die Uneinigkeit der Arbeiter verhindert dieses Ziel. Einzelnen Elementen wird ein Wochenlohn von 80 Mark und mehr gezahlt (der Former Turm, Mitglied des katholischen Arbeitervereins, brüht sich damit). Mit Bestimmtheit können wir aber behaupten, daß an Schloß 25 und 27 1/2 Stundenlöhne gezahlt werden. Berücksichtigt man die Teuerung in Brieg, dann muß man fragen, wie ist es möglich, daß die Arbeiter sich satt essen können? Das muß wohl auch die Firma selbst eingesehen haben, da sie die Arbeiter durch Überstunden etwas verdienen läßt. So wurde am 8. d. M., abends 5 Uhr, an der Tafel bekannt gemacht, daß am selben und folgenden Tage die Arbeitszeit bis 11 Uhr dauert, Mittwoch gar bis 10 Uhr und Donnerstag (Fronleichnam) wird gefeiert. Glaubt denn die Firma, daß die Leute nach einer 15- und 16stündigen Arbeitszeit imstande sind, den Gottesdienst anzuhören, oder daß sie Verlangen danach haben? Warum darf sich die Firma Güttler erlauben, derartige Arbeitszeiten einzuführen? Öffentlichlich lernen die Arbeiter daraus und schließen sich dem Metallarbeiterverbande an.

Brieg, 20. Juni. Die nächste Stadterordnung am Montag findet Mittwoch, den 21. Juni, statt. Nicht weniger als 14 Punkte stehen auf der Tagesordnung. Unter anderem steht, wie wir schon vor kurzem berichteten, der Antrag des Magistrats, das Projekt zur Errichtung eines Volkshausgebäudes auf dem alten Bauhofe an der Pfaffenstraße zu genehmigen und die erforderlichen Mittel in Höhe von noch 75.000 Mark zu bewilligen, zur Beratung. Öffentlich gelang dieser Antrag zur Annahme, damit endlich ein vielgehegter Wunsch der Brieger Einwohnerschaft Rechnung getragen wird.

— Ungiltige Stadtratswahl. Die Wahl des Stadterordneten Hauptmann Morze zum unbesetzten Stadtrat, welche bekanntlich in der letzten Stadterordnetenversammlung vollzogen wurde, muß für ungiltig erklärt werden, da genannter Herr nicht preussischer, sondern Hamburger Staatsangehöriger ist.

— Aufgehobenes Urteil. Das gegen den wegen Unterschlagung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Grundarbeiters Ganczyk ist vom Reichsgericht aufgehoben worden. Außerdem war Ganczyk noch wegen anderer Straftaten zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Urteil wurde bekanntlich am 27. März dieses Jahres vom Schwurgericht Brieg gefällt. Der Prozeß muß deshalb noch einmal vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt werden. Die beim Reichsgericht eingereichte Revision, in der Ganczyk die unzulässige Beschränkung der Verteidigung rügte, führte zur Aufhebung des angefochtenen Urteils. Ferner ist auch darin ein Verstoß des Gerichts festgestellt worden, daß eine Befehlsurkunde des Jungs über ihr Zeugnisverweigerungsrecht unterschrieben ist.

— Ein Unterkunftsraum für die Räumlichen Automobile soll auf dem Grundstück des alten Wasserwerks in der Fischerstraße gebaut werden.

Kanitz, 19. Juni. Die erste sozialdemokratische Volksversammlung in unserer Gegend nahm einen schönen Verlauf. Unsere Hoffnung allerding, daß sich die hier so zahlreichen und mächtigen Gegner mit Befolge in der Versammlung einfinden und einen fruchtbringenden Nebeneffekt heraufbesorgen würden, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil, im Zentrum hatte man offenbar für Fernhaltung der Besucher agitiert, und der katholische Arbeiterverein mußte schnell eine Versammlung mit wichtigen Beratungen ansetzen, damit seine Mitglieder nicht eine sozialdemokratische Rede hören. Doch das ist dem Besuch keinen Abbruch. An Stelle der Zurückgebliebenen erschienen die Arbeiter, Kleinbauern und Kleinrentner von Schönlitz und den umliegenden Dörfern so zahlreich, daß im Garten der Hofmannschen Wirtschaft alle Stühle besetzt waren und außerdem viele Zuhörer — diesseits und jenseits des Gartenzaunes — stehen mußten. Der Gelangbereite „Breslau-Weg“ der einen Ausflug nach Kanitz unternommen hatte, leitete die Versammlung Rimmundholl mit dem Lied „Gib mir Licht“ ein.

und Hiesauf hielt Genosse S D z eine 14minütige Rede, in der er die augenblickliche politische Situation im Reich und die Wahlen...

Stirchberg, 19. Juni. Nach dem Rezept des Amtsverwalters...

Da es mir zu Ohren gekommen ist, daß Sie der Sozialdemokratischen Partei...

In der Tat, das ist wohl das Letzte, was sich da ein münder Sozialist leisten...

Stirchberg, 20. Juni. Gerhart Hauptmann als Steuerzahler...

Stirchberg, 20. Juni. Ein schreckliches Unglück ereignete sich im Rindelsdorfer Steinbruch...

Aus Oberschlesien.

Schlechte Konjunktur und hohe Dividende! Die ober-schlesischen Schloßkationen werden nicht müde...

tratte auch bei der Erzeugung von Rohstoffen zu. Auch hier habe die Gesellschaft...

Also mit weniger Arbeitern und geringeren Löhnen noch Produktionssteigerung...

Kreisrat DE., 16. Juni. Kreis-Kriegerverbands- und Sozialdemokratische Kriegervereine...

Beuthen DE., 20. Juni. Polnische Verleumdung vor der Strafkammer...

Beuthen DE., 20. Juni. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag, den 22. d. M. Abends 8 Uhr...

Königsbrunn, 17. Juni. Franziska Höglger bezieht wieder einmal der hiesige Arbeiter die Sozialdemokraten...

welken zu können. Wir wollen den nach sozialdemokratischen Zielen...

Dem Redakteur Dr. Meyer gegenüber, der dieses geschriebenen hat...

Zwar besitzt der Kurier, wie wir in den letzten Wochen gesehen haben...

Stettin, 20. Juni. Fette Ernte. Die Aktienbesitzer der Dohrenschleife...

Watochan, 20. Juni. Das gefährliche Lied. Wegen der zwei organisierten Vergewaltiger...

Stettin DE., 20. Juni. Pflanzliche Ernährung frucht. Ein recht bezeichnender Fall von Verleumdung...

Anzüge (hochbillig Selbstamt) Brandenburgstr. 21. Wändler! erhalten unter Bezugnahme auf dieses Inserat...

Möbel. Fritz Krause, Straße 26. Max Giesel. Größtes Möbel-Kaufhaus...

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses. Waren- u. Kaufhäuser. Gebr. Barusch, Elise Levinthal, Jasser Mann, Reinold, C. A., Kaufhaus Adler, Janku, J. B. Böhler, Hohenberg, Wäsche, Trübschagen, Hirschberg, Fr...